

AUSSENPOLITIK

Legendäre Freundschaft

Nach den jüngsten Attacken aus Ankara sind die deutsch-türkischen Beziehungen schwer belastet. Bonn reagiert scheinbar gelassen, droht aber auch mit Konsequenzen.

Wenn Klaus Kinkel sein Bild von der Zukunft der Europäischen Union entwirft, greift er gern zu Block und Bleistift. Dann malt er mit flottem Strich eine ovale Sportarena aufs Papier, die Europa symbolisieren soll. Auf den Laufbahnen stehen sechs Kandidaten am Start.

Dazu strichelt er ein Nebengeläuf in das Oval, auf dem sich fünf andere Starter warm machen, wie fürs B-Finale. Nur einer muß, auf kraftvoller Linie, außerhalb des Kinkel-Stadions bleiben und – für einen späteren Einsatz – vorerst noch trainieren.

Mit der flinken Skizze illustriert der Außenminister die EU-Beitrittskandidaten, und zwar die der sogenannten ersten Welle (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern) sowie die weiteren Anwärter (Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Lettland und Litauen). Vor der Tür bleiben, aber zugleich Kurs halten, soll die Türkei.

Genauso haben es die europäischen Regierungschefs nicht zuletzt auf Drängen der Deutschen Ende des vergangenen Jahres in Luxemburg beschlossen. Bis heute versucht Kinkel, die unbefristete Warteschleife wortreich zu verbrämen. „Wir wollen, daß die Türkei zu Europa gehört“, versichert er, „das werden wir auch weiter unterstützen.“

Diese Doppelstrategie der Bundesregierung – dem Nato-Partner soll zwar der Zutritt zum exklusiven europäischen Club verweigert, dafür aber mit schönen Worten Mut gemacht werden – ist nun gescheitert: Brüks wie nie zuvor distanziert sich die Regierung in Ankara von Bonn.

Ministerpräsident Mesut Yilmaz erklärte die Bundesregierung am vergangenen Mittwoch zur „Architektin der Diskriminierung der Türkei in der EU“. Die „doppelzüngige Bonner Türkeipolitik“ habe ein Europa als „Projekt der christlichen Zivilisation unter Ausschluß der Türkei“ zum Ziel.

Nur wenige Tage zuvor war Yilmaz noch deutlich weiter gegangen. „Die Deutschen“, so erklärte er der „Financial Times“, „verfolgen dieselbe Strategie wie früher; sie glauben an den Lebensraum.“ Trotz schroffer Proteste aus Bonn wollte der Premier den NS-Vergleich auch Tage danach ausdrücklich nicht als Fehler oder Mißverständnis gewertet wissen.

Nach jahrelangem Gezerre um die seit 1963 in Aussicht gestellte EU-Mitgliedschaft, nach Brandanschlägen auf türkische Wohnungen in Deutschland und der offenen Mißachtung Bonns durch Yilmaz' fundamentalistischen Vorgänger Necmettin Erbakan haben die deutsch-türkischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Die Regierung in Ankara sagte den für diese Woche geplanten Besuch ihres Arbeitsministers Nami Çagan am Rhein demonstrativ ab. Angeblich hatte Norbert Blüm nicht genügend Zeit für den Kollegen. Auch eine für April geplante Reise Düsseldorfer Landtagsabgeordneter wurde von türkischer Seite gestrichen.

Gleichzeitig erhält Yilmaz starke Unterstützung daheim. „An die Stelle der SS-Einheiten“, so kommentierte das Massenblatt „Hürriyet“ die deutsche Politik, „sind heute die Kapitaleinheiten getreten.“ Die nationalistische Tageszeitung „Türkiye“ veröffentlichte gar eine Karikatur, auf der Yilmaz dem Bundeskanzler ein Hitler-Foto mit den Worten überreicht: „Helmut, darf ich dich um ein Autogramm bitten.“

Die Bonner Botschaft in Ankara berichtet in einer internen Analyse von einer türkischen „Wagenburg“, die sich „fast geschlossen um die Regierung gelegt“ habe und diese gegen Kritik aus Deutschland verteidige. Die Reaktionen verrieten „in erschreckendem Maße eine politisch-geistige Gefangenschaft, deren Wurzeln tief im osmanischen Denken vergangener Jahrhunderte angesiedelt“ seien.

Anspielungen auf die Nazi-Vergangenheit haben in der Türkei Tradition. So versuchte schon der damalige Staatspräsident Turgut Özal 1992 Parallelen zwischen Bonn und Hitler-Deutschland herbeizureden. „Hürriyet“ zeigte dazu eine Karikatur von Außenminister Hans-Dietrich Genscher mit einer Hakenkreuz-Armbinde.

Daß ausgerechnet der Technokrat Yilmaz nun den Konflikt eskalieren läßt, hat die Bonner überrascht. „Ich weiß nicht, warum Yilmaz eine solche Tonlage einschlägt“, gestand Kohl am vergangenen Donnerstag am Rande der Londoner Europa-Konferenz. Die Türken waren dem Treffen ferngeblieben, obwohl – oder gerade weil – es nur für sie arrangiert war.

gerade weil – es nur für sie arrangiert war.

Denn gerade Yilmaz – er studierte in den siebziger Jahren in Köln – rühmte sich lange seiner besonderen Beziehungen zu Deutschland. Stets lobte der fließend deutsch sprechende Vorsitzende der türkischen Mutterlandpartei Anap auch die „beständige Freundschaft“ zwischen beiden Ländern.

Seine Ausfälle erklären sich nach Meinung deutscher Außenpolitiker nur durch das „gekränkte Selbstbewußtsein“ der Türkei (so der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir) und, vor allem, vor dem Hintergrund eigener, innenpolitischer Probleme.

Nur acht Monate nach dem Regierungsantritt sieht sich Yilmaz mit seiner Minder-



Regierungschefs Kohl, Yilmaz (im September 1997 in Bonn): „Doppelzüngige Politik“

Ende einer Legende

Zülfü Livaneli über die enttäuschten Erwartungen der Türkei

Livaneli, 51, Dichter und Komponist, kämpfte für demokratische Rechte in der Türkei und saß nach dem Militärputsch von 1971 in Haft.



Livaneli

Der Frühling in den Beziehungen zwischen Ankara und Bonn begann im Herbst vergangenen Jahres. Nach dem ersten islamistischen Regierungschef der Türkei, Necmettin Erbakan, der gegen den Westen giftig war, wollte der bürgerlich-konservative Ministerpräsident Mesut Yilmaz mit seinem Besuch in Bonn einen neuen Anfang wagen. Sein „Freund“, der deutsche Kanzler Helmut Kohl, sollte der Türkei den Weg nach Europa bahnen.

Und wie Kohl ihm angeblich geholfen hat: „Die Türken haben uns in unserer Geschichte nie im Stich gelassen“, zitierten türkische Medien den Kanzler. „Die Zeit ist gekommen, den Türken unsere Treue zu beweisen“, soll er gesagt haben, und: „Wenn sich alle in Schweigen hüllen, wir werden für euch einstehen.“

Die Menschen in der Türkei haben den Versprechungen geglaubt – und auch Yilmaz hat sie für bare Münze genommen. Wie sonst ist es zu erklären, daß er nach seinem Besuch im Kanzleramt daheim die freudige Nachricht verkündete: „Ich bin sicher, daß die Türkei nicht aus dem Prozeß der Erweiterung ausgeklammert wird.“

Das türkische Volk schrieb diesen großen Erfolg dem engen Verhältnis des Ministerpräsidenten zum Bundeskanzler zu. Hatte es sich doch ausgezahlt, daß Yilmaz auf der St.-Georg-Oberschule in Istanbul Deutsch gelernt und später in Köln studiert hatte. Er kennt die Deutschen, er weiß mit ihnen umzugehen – dachte man.

Nach dem EU-Gipfel in Luxemburg schlug der wundersame Frühling in Eiseskälte um. Ein ganzes Volk fühlte sich betrogen und ausgestoßen. Yilmaz konnte nicht länger die Legende des in Bonn erfolgreichen Lobbyisten aufrechterhalten. Der Ministerpräsident, der so viele Erwartungen geweckt hatte, fühlt sich seither verpflichtet, die verletzte Volkseele zu salben – und traf Deutschland

dort, wo es am empfindlichsten ist.

In meinem Land gehöre ich zu jenen, die diesen Feldzug gegen Deutschland kritisieren und die fahrlässige Reduzierung der deutschen Geschichte auf den Nationalsozialismus verurteilen. Dafür muß ich mich öffentlich fragen lassen, warum ich diese Deutschen, die uns so enttäuscht haben, noch verteidige.

Das Ausmaß der empfundenen Schmach erschließt sich erst, wenn man bedenkt, daß sich schon das Osmanische Reich vor 250 Jahren nach Westen orientierte. Die Diskussionen über die Identität der Türkei nahmen Anfang des Jahrhunderts weiter zu, ausgelöst durch die Leistungen Mustafa Kemal Paschas. Der Gründer der Türkischen Republik kämpfte für Laizismus und Demokratie und schaute, bei aller Wahrung der Werte Anatoliens, stets nach Europa – selbst in schwersten Stunden.

Als Mustafa Kemal Pascha gegen die griechische Armee, die Westanatolien besetzt hatte, Krieg führte, wußte er, daß hinter dieser Okkupation die Mächte der Entente standen. Noch im Vertrag von Sèvres (1920) sollte Anatolien aufgeteilt werden. Böser Worte hat sich Atatürk, anders als heute der persönlich verletzte Yilmaz, dennoch enthalten, er vermied jede anti-europäische Attitüde.

Aber auch Europa muß seine Verantwortung erkennen und dazu beitragen, daß in der Türkei das Modell eines islamischen und dennoch laizistisch-westlichen Landes verwirklicht wird. Hätte die Europäische Union die Türkei als Beitrittskandidaten akzeptiert, hätte sie Ankara dadurch auch an die europäischen Werte und Normen gebunden sowie das Recht gehabt, deren Einhaltung zu überwachen.

Die Zurückweisung ist deshalb auch ein Tiefschlag für all jene, die in der Türkei für Demokratie und Menschenrechte kämpfen.

heitsregierung schon wieder massiv unter Druck. Der von der Bevölkerung ersehnte Aufschwung, den Yilmaz seinen Wählern in bester Kohl-Manier versprochen hatte, bleibt aus. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Inflationsrate liegt offiziell bei 80 Prozent, tatsächlich dürfte sie eher dreistellig sein.

Seine Demokratisierungsversprechen konnte Yilmaz bislang nicht einlösen. Selbst Unternehmensverbände klagen, daß fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes behinderten. Und unbeirrt von internationaler Kritik führt das Militär im Südosten des Landes noch immer seinen brutalen Kurdenkrieg.

Trotz Unterstützung durch die Militärs muß Yilmaz um seine Regierung fürchten. Die vom türkischen Verfassungsgericht verbotene Muslim-Partei Refah sammelt ihre Anhänger unter neuem Namen („Fazilet“ = Tugend) und droht bei Neuwahlen zur stärksten Partei zu werden.

Die Bundesregierung versucht, den Konflikt herunterzufahren. „Kein Öl in die Flammen gießen“, lautet die diplomatische Marschroute. Kohl lobt öffentlich die „traditionell guten Beziehungen“, die es fortzusetzen gelte: „Meine legendäre Türkei-freundlichkeit ist bekannt, wenn auch nicht bei allen, die jetzt in Ankara wohnen.“

Doch in Wahrheit sitzt der Ärger über den „Amoklauf“ (Kinkel) des Türken-Premiers tief. Wenn Yilmaz seine „verbalen



TÜRKIYE

Ausfälle“ nicht beende, warnt CSU-Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger, „wird dies zu Konsequenzen in der Entwicklungszusammenarbeit führen“.

Mehr als acht Milliarden Mark an Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten seien der Türkei seit 1960 gewährt worden, rund 100 Millionen allein im vergangenen Jahr. Und das, droht Spranger, „ist keine Selbstverständlichkeit“.